

Antrag Nr. 18-F-21-0039

SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Ambulante gynäkologische Sprechstunde für Frauen ohne Krankenversicherungsschutz
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2018 -

Antragstext:

In Deutschland besteht grundsätzlich eine Krankenversicherungspflicht. Trotzdem verfügen viele Menschen - so auch in Wiesbaden - aus den unterschiedlichsten Gründen nicht über einen Krankenversicherungsschutz und können eine medizinische Versorgung als Selbstzahler nicht finanzieren.

Ungeachtet des persönlichen Hintergrunds erkrankter Menschen übernimmt in der Landeshauptstadt Wiesbaden eine Kooperationsgemeinschaft aus der Stadt Wiesbaden, der Diakonie Wiesbaden sowie pro familia, Ortsverband Wiesbaden, die Aufgabe der medizinischen Hilfe in Form einer „Humanitären Sprechstunde“.

Innerhalb der Kooperationsgemeinschaft ist das Diakonische Werk Wiesbaden für die allgemeinärztliche und zahnärztliche Sprechstunde für Erwachsene verantwortlich; sie findet immer mittwochs von 14.00 -16.00 Uhr in den Räumlichkeiten der Teestube, Dotzheimer Straße. 9, statt.

Für Schwangere ohne Versicherungsschutz kann eine Sprechstunde in den Räumen der pro familia bei einer Hebamme in Anspruch genommen werden. Gynäkologische Untersuchungen oder Behandlungen können dort jedoch nicht erfolgen - auch nicht beim Gesundheitsamt Wiesbaden.

Ein Beispiel aus NRW zeigt, welche Möglichkeiten es gibt. Die Stadt Dortmund bietet im Gesundheitsamt für Frauen mit fehlendem bzw. ungeklärtem Krankenversicherungsschutz zweimal pro Woche eine gynäkologische Sprechstunde an. Das Beratungs- und Untersuchungsangebot umfasst folgende Leistungen:

- Gynäkologische Basisversorgung mit Schwerpunkt von Untersuchungen zu sexuell übertragbaren Krankheiten
- Basis-Schwangerschaftsvorsorgeuntersuchungen
- Ausstellung von Privatrezepten für die Anti-Baby-Pille

Die Untersuchungen im Gesundheitsamt sind kostenlos. Sollten weiterführende Untersuchungen notwendig werden, müssen diese als Selbstzahler finanziert werden. Die Betreuung von Risikoschwangerschaften ist nicht möglich.

Ein Angebot wie dieses fehlt in Wiesbaden und erscheint jedoch aktuell - u.a. auch in Anbetracht der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes - längst überfällig. Es ist bekannt, dass viele der Prostituierten, welche die vorgeschriebene Gesundheitsberatung im Gesundheitsamt Wiesbaden wahrnehmen, gezielt nach einem derartigen kostenlosen gynäkologischen Untersuchungs- und Behandlungsangebot fragen, da sie keine Krankenversicherung haben.

Auch wurden die Sozialarbeiterinnen des Frankfurter Beratungsvereins FIM e.V (Frauenrecht ist Menschenrecht), die in Wiesbaden im Auftrag des HMSI im Rahmen eines hessischen Pilotprojektes aufsuchende Sozialarbeit in den Wiesbadener Bordellbetrieben leisteten, regelmäßig um solche Angebote und um Hilfe und Unterstützung gebeten.

Antrag Nr. 18-F-21-0039 SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen

Dies zeigt, dass auch für diese Zielgruppe ein kostenloses gynäkologisches Untersuchungsangebot sowie kostenlose Tests zu sexuell übertragbaren Krankheiten zusätzlich zum Aidstest erforderlich sind.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten,

1. ob ein Angebot einer ambulanten gynäkologischen Sprechstunde für Frauen ohne Versicherungsschutz inklusive Untersuchung und Behandlung, z.B. analog des Modells in Dortmund, beim Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden realisierbar ist und welche Aufwendungen (Räume, Personal, finanzielle Mittel) für diese freiwilligen Leistungen veranschlagt werden müssen.
2. ob es hierzu bereits Bestrebungen gab z. B. auch gemeinsam mit dem Berufsverband der Frauenärzte - LV Hessen, in Wiesbaden eine ambulante Sprechstunde einzurichten und unter Einbindung der Wiesbadener Kliniken und den niedergelassenen Frauenärzten eine entsprechende Kooperation einzugehen.

Wiesbaden, 25.04.2018

Anita Hebenstreit
Fachsprecherin
(SPD)

Daniela Singh
Fraktionsreferentin

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU)

Dr. Karina Strübbe
Fraktionsreferentin

Gabriela Schuchalter-Eicke
Frauenpolitische Sprecherin

Matthias Schulz
Fraktionsreferent